

Barack Obama im Amt – Hoffnung auf dem Prüfstand

Vortrag an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

19. Mai 2009

Prof. Dr. Hans N. Weiler

Stanford University

Als Barack Obama am 4. November 2008 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden war, kamen Lehrer an verschiedenen amerikanischen Schulen auf die Idee, die Kinder in ihrer Klasse Briefe an den neuen Präsidenten schreiben zu lassen. Einige der Kinder schrieben in ihren Briefen auch, was sie tun würden, wenn sie Präsident geworden wären. Catherine Galvan aus Chicago, sechs Jahre alt, schrieb:

„Wenn ich Präsident wäre, dann würde ich allen Leuten sagen, nicht so viel zu reden. Man verschwendet nur Zeit damit.“ (If I were president, I would tell people to not talk too much. It wastes time.)¹

Ich will mich an diesen klugen Rat halten und mich so kurz wie möglich fassen – stehe Ihnen aber anschließend gerne für Fragen zur Verfügung.

Selten hat ein Präsident der Vereinigten Staaten seine Amtsgeschäfte so zügig aufgenommen wie Barack Obama. Das hat weniger mit seinem politischen Stil zu tun als mit den massiven und dringenden Problemen, mit denen er sich zu Beginn seiner Amtszeit konfrontiert sah. Das heißt aber auch, dass sich Amerika und die Welt schon in relativ kurzer Zeit ein ungewöhnlich vollständiges Bild von diesem 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten hat machen können. Nach den ersten hundert Tagen war über George W. Bush, aber auch über Bill Clinton oder Jimmy Carter noch vergleichsweise wenig zu sagen; bei Barack Obama dürfte sich eine frühe Bestandsaufnahme schon eher lohnen. Das hat aber auch damit zu tun, dass das Weiße Haus unter Obama einen (vor allem im Gegensatz zu seinem Vorgänger) ungewöhnlich offenen Kommunikationsstil pflegt und der Präsident selbst Wert darauf legt, mit allen Mitteln moderner Kommunikationstechnologie seine Vorstellungen und Entscheidungen unter die Leute zu bringen. Die neue Website des Weißen Hauses² ist dafür ein gutes Beispiel.

¹ New York Times, 16. Januar 2009.

² www.whitehouse.gov

Ich will meine Bestandsaufnahme der bisherigen Amtsführung Barack Obamas an einigen wenigen Themen festmachen und zum Schluss der Frage nachgehen, ob es sich denn bei der Präsidentschaft von Barack Obama wirklich (wie jetzt schon hier und da behauptet wird) um einen historischen Einschnitt, um eine Zeitenwende gar, handelt.

I Ein Rückblick auf die Wahl Obamas

Zuvor aber will ich noch ein paar Tatsachen in Erinnerung rufen, die mit der Wahl von Obama zum Präsidenten zu tun haben und die für ein Verständnis der gegenwärtigen Situation in Washington und der Amtsführung des neuen Präsidenten nicht unerheblich sind.

1. Obama hat die Wahl relativ knapp gewonnen, aber hat inzwischen sehr hohe Zustimmungswerte

Es ist zwar richtig, dass Obama mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als irgendein demokratischer Präsidentschaftskandidat seit Lyndon Johnson 1964, aber insgesamt ist sein Sieg – gerechnet in Wählerstimmen – doch recht knapp ausgefallen (53% vs. 46% für McCain); der Sieg sah im Fernsehen bedeutender aus, weil das System der Wahlmänner, zusammen mit einer sehr geschickten und auf kritische Staaten gerichtete Wahlkampfstrategie des Obama-Lagers, diesen Vorsprung in der Summe der Wahlmänner (365 zu 162) multiplizierte.

Vor diesem Hintergrund, und angesichts sowohl der massiven Probleme, denen der neue Präsident sich gegenüber sieht, und einiger doch recht massiver Fehler, vor allem in der Personalpolitik, ist bemerkenswert, dass sein „job approval rating“, also die Zustimmung zu seiner Amtsführung, die bei seiner Amtsübernahme bei 68% (keine Zustimmung: 12%) lag, letzte Woche immer noch bei 65% lag (negativ: 28%)³.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich allerdings eine scharfe parteipolitische Polarisierung: Bei Anhängern der demokratischen Partei liegt Obamas Zustimmungswert bei 88%, bei republikanischen Parteigängern nur bei mageren 27%. Es bleibt also festzuhalten, dass Obama sich einerseits gegenüber seinem relativ knappen Wahlerfolg eines soliden Rückhalts in der Bevölkerung erfreut, dass sich in diesem Rückhalt aber eine deutliche parteipolitische Spaltung zeigt. Wie stark diese Polarisierung ist, wird auch im Vergleich zu einigen anderen Präsidenten zu Beginn ihrer Amtszeit deutlich: Jimmy Carter hatte bei den gegnerischen Republikanern immerhin 56% Zustimmung, und Richard Nixon bei den Wählern der demokratischen Opposition 55%.

2. Amerika ist immer noch von Kulturkämpfen beherrscht

³ Zahlen nach Gallup.

Wenn man sich die Wahlergebnisse und die damit verbundenen Meinungsumfragen aus dem vergangenen November etwas näher ansieht, fällt auf, wie eng die Wählerentscheidungen für oder gegen Obama mit ideologischen Positionen verbunden sind und wie tief die Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern etwa von Schwangerschaftsunterbrechung, Homosexuellen-Ehe, Stammzellenforschung oder Legalisierung von Marihuana nach wie vor sind⁴.

Angesichts einiger anderer Probleme ist davon in den ersten 100 Tagen der Obama-Präsidentschaft nicht allzu viel die Rede gewesen (außer von Stammzellen, darauf kommen wir noch), aber man wird damit rechnen müssen, dass diese Gegensätze im Alltag der amerikanischen Politik bald wieder mit unverminderter Kraft aufbrechen: Die „culture wars“, das Kulturkampfelement der amerikanischen Politik, erfreut sich jedenfalls andauernder Virulenz, zumal es in den acht Jahren der Bush-Regierung systematisch zur politischen Polarisierung genutzt worden ist.

3. Die Demographie spielt eine entscheidende Rolle

Obama hat seine Wahl mit deutlich überproportionalen Anteilen von Frauen, schwarzen und hispanischen Amerikanern, ärmeren Amerikanern und jungen Wählern gewonnen: von den 18-29jährigen Wählern haben 66% für Obama und 32% für McCain gestimmt. Auch hier tut sich eine so noch nicht da gewesene Kluft zwischen den Generationen auf: noch nie in den letzten 35 Jahren haben sich junge Wähler so überwältigend für einen Präsidentschaftskandidaten ausgesprochen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass - mehr als in allen anderen Präsidentschaftswahlen der letzten Jahrzehnte – Obama ein Kandidat gewesen ist, an dem sich die Geister scheiden, und bei dem die tiefen Gräben, die die amerikanische Gesellschaft zerklüften, in voller Stärke wieder aufgebrochen sind. Das ist, wenn man auf Obamas Seite der Gräben steht, eine gute Nachricht und enorm ermutigend. Für die amerikanische Politik der nächsten Jahre jedoch, und vor allem für die gemeinsame Bewältigung einer noch nie da gewesenen Fülle von Problemen, sagt das nichts Gutes voraus. Die ersten Spuren dieser Polarisierung sind inzwischen ja auch schon, etwa in den frühen Entscheidungen des Kongresses und in den Hasstiraden der rechtskonservativen Medien⁵, deutlich sichtbar geworden.

II Obama im Amt

Nach diesem kurzen Rückblick auf die Präsidentenwahl und ihre Bedeutung für das Binnenleben der amerikanischen Politik in den nächsten Jahren will ich nun zu meiner

⁴ Siehe zur Auseinandersetzung über Schwangerschaftsabbruch auch die Ansprache von Obama an der University of Notre Dame am 17. Mai 2009: <http://www.nytimes.com/2009/05/17/us/politics/17text-obama.html?ref=politics>.

⁵ „Lexington: Obama derangement syndrome“, The Economist, 18. April 2009, p. 47.

Einschätzung der ersten Monate der Regierung Obama kommen. Ich will das tun, indem ich mich in aller Kürze mit sechs Themen und Thesen beschäftige, die mir für ein Verständnis dieser letzten Monate besonders wichtig zu sein scheinen:

1. Das eigentliche Markenzeichen der Obama-Regierung ist die Verbindung von Krisenbewältigung und Zukunftsvorsorge
2. In der amerikanischen Außenpolitik gibt es keine Revolution, aber neue Akzente
3. Politik bleibt auch bei Obama die Kunst des Möglichen
4. Politik ist auch eine Frage des Stils
5. Das eigentliche Problem für Obama ist nicht die Krise des Finanzsystems, sondern die Krise des amerikanischen Regierungssystems
6. Es gibt eine Zeitenwende, aber nicht erst seit der Wahl Obamas

1. Das eigentliche Markenzeichen der Obama-Regierung ist die Verbindung von Krisenbewältigung und Zukunftsvorsorge

Das für mich interessanteste und wichtigste Merkmal der Obama-Präsidentschaft vom ersten Tag an ist die außerordentlich sorgfältige Verbindung von unmittelbarer Krisenbewältigung und längerfristiger Zukunftsvorsorge. Schon in der Einführung und Struktur der ersten großen Krisenmaßnahme – des Konjunkturpakets vom Januar mit einem Volumen von über 700 Mrd. \$⁶ - war die langfristige Strategie angelegt, die von Obama schon seit vor seinem Amtsantritt beschworen und vertreten hat⁷: dass die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft nur dann wieder gesunden kann, wenn drei Dinge eintreten:

- Eine grundlegende Reform des Systems der Krankenversorgung und Krankenversicherung,
- eine ganz klare Fokussierung auf die Schaffung erneuerbarer Energien und
- eine umfassende Investition in Bildung und Wissenschaft.

Zwar müssen – so die politischen Prämissen – die wichtigsten Symptome der Krise – die Lähmung des Kreditflusses unter den Banken und zwischen Banken und Unternehmen, der Absturz des Immobilienmarktes, die soziale Notlage derer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben – zunächst direkt und schnellstens angegangen werden; hinzu kommt die Notwendigkeit, durch entsprechende gesetzliche Regeln die eklatanten Missbräuche und Vergehen in der Finanz- und Investitionswelt zu verhindern und die bisherigen Vergehen der Bernard Madoff und anderen strafrechtlich aufzuarbeiten⁸. Gleichzeitig aber bedarf es einer Strategie, die auch nach der Bewältigung der schlimmsten Krisenerscheinungen eine langfristige Sicherung der amerikanischen Wirtschaftskraft ermöglicht und eine Rückkehr ähnlicher Krisen

⁶ The American Recovery and Reinvestment Act of 2009 ("Recovery Act").

⁷ Siehe u.a. seine Rede an der George Mason University im Januar 2009:

<http://blogs.wsj.com/economics/2009/01/08/obama-remarks-on-the-economy/>

⁸ Die ersten konkreten Gesetze zu diesen Fragen liegen inzwischen etwa in dem „Helping Families Save Their Home Act“ und dem „Fraud Enforcement and recovery Act“ vor:

<http://www.whitehouse.gov/blog/Protecting-Homeowners-Protecting-the-Economy/>.

verhindert; das aber – so das Obama-Konzept – kann nicht geschehen, solange das System der Krankenversorgung in den USA insgesamt unerschwinglich teuer und für Millionen von Amerikanern aufgrund mangelnden Versicherungsschutzes unerreichbar bleibt, solange ein in Spitzen hervorragendes, insgesamt aber höchst mittelmäßiges Bildungssystem nicht die Kompetenzen vermittelt, die in einer modernen Volks- und Wissenswirtschaft erforderlich sind, und solange die Vereinigten Staaten an einem Energiekonzept hängen, das sich fast ausschließlich auf nicht erneuerbare Energien stützt und sich damit auch außenpolitisch in höchst bedenkliche Abhängigkeiten begibt.

Es war deshalb nur folgerichtig, dass das erste große Konjunkturpaket Obamas – der „Recovery Act“ – nicht nur erhebliche Mittel zur sozialen Unterstützung in Not geratener Bevölkerungsgruppen, Steuererleichterungen für den Mittelstand, Infrastrukturmaßnahmen für den Straßen- und Brückenbau und Finanzhilfen für die in besondere Not geratenen Haushalte der Einzelstaaten vorsieht, sondern auch etwa eine Aufstockung des Budgets der National Science Foundation (der wichtigsten Wissenschaftsförderungseinrichtung der USA, vergleichbar der Deutschen Forschungsgemeinschaft [DFG]) um drei Milliarden Dollar (d.h. um 50% ihres normalen Haushalts), erhebliche zusätzliche Stipendienmittel (über \$30 Mrd.) für bedürftige College-Studierende (die von der Erhöhung der Studiengebühren an vielen Hochschulen besonders hart getroffen wurden) und praktisch eine Verdoppelung des Haushalts des Erziehungsministeriums zur qualitativen Verbesserung der Schul- und Lehrerbildung (darunter allein \$77 Mrd. zur Stärkung der Elementar- und Sekundarschulen, \$5 Mrd. für frühkindliche Erziehung). Daneben stehen massive neue Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) für erneuerbare Energien und eine Ausweitung digitaler Kommunikationsnetze und eine erste Tranche von Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten medizinischer Behandlung.

Diese Logik setzt sich fort in Obamas Budgetanschlag für das Haushaltsjahr 2010⁹, wo die gleichen Akzente erscheinen und in einen mittelfristigen Finanzplan umgesetzt werden – einschließlich einer für die nächsten Jahre vorgesehenen Verdoppelung des Budgets für die öffentliche Wissenschaftsförderung.

(Der nicht ganz unbeteiligte Chronist kann an dieser Stelle natürlich nicht umhin, einen vergleichenden Blick auf die Förderung von Bildung und Wissenschaft in Deutschland zu werfen. Dort ist, wie Sie wissen, gerade nach monatelangen Verhandlungen der Wissenschaftsminister ein Paket für die zukünftige Förderung von Wissenschaft und Forschung geschnürt worden, das €18 Mrd. für einen Zeitraum von 5 Jahren vorsieht (zur Schaffung dringend benötigter neuer Studienplätze, zur Fortsetzung der Exzellenzinitiative und zur angemessenen Unterstützung der Großforschung), von dem der Finanzminister aber plötzlich meint, dass Deutschland sich das nicht leisten könne. Ich erübrige mir einen Kommentar.)

Was der „Recovery Act“ zu leisten versucht, ist in der Tat atemberaubend ehrgeizig, und nicht nur Sie, sondern auch amerikanische Steuerzahler wie ich fragen sich, wer das denn alles bezahlen soll. Die endgültige Antwort darauf wird Barack Obama noch geben müssen, aber eine erste Teilantwort liegt inzwischen vor: Zu den ersten

⁹ <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/>.

Maßnahmen seiner Amtszeit gehörte die Einsetzung einer Kommission, die sich nach Einsparmöglichkeiten im Bundeshaushalt umsehen sollte. Diese Kommission hat inzwischen ihren Bericht vorgelegt – eine bemerkenswerte Lektüre!¹⁰ Insgesamt hat die Kommission 121 Haushaltseinsparungen im laufenden Haushalt identifiziert, die ohne nennenswerte Schäden für das Land eine Ersparnis von insgesamt \$17 Mrd. erbringen. Darunter sind teure Navigationssysteme, die im Zeitalter von GPS niemand mehr braucht, ein Alphabetisierungsprogramm, das sein Geld im wesentlichen dazu verwendet, sich selbst zu verwalten, ein überflüssiges Büro bei der Unesco in Paris usw. usf. Bei der Vorstellung des Berichts hat Obama zwar eingeräumt, dass das nur ein erster Schritt sei, dass er mit diesen \$17 Mrd. aber immerhin mehr als die Hälfte seines neuen Stipendienprogramms für bedürftige Studierende finanzieren könne und wolle. Vor dem Hintergrund dieses ersten Zwischenerfolges gewinnt zumindest die Versicherung Obamas, dass er das Haushaltsdefizit bis zum Ende seiner ersten Amtszeit um die Hälfte verringern will, an Glaubwürdigkeit¹¹.

2. In der amerikanischen Außenpolitik gibt es keine Revolution, aber neue Akzente

Die im Gefolge der Wahl von Obama vielleicht wichtigste außenpolitische Entscheidung war vielleicht die Berufung von Hillary Clinton zur Außenministerin. Ich hatte diese Entscheidung, offen gestanden, für eher unwahrscheinlich gehalten, nicht zuletzt aufgrund der doch sehr bitteren Auseinandersetzungen, die sich die beiden Lager – unter maßgeblicher und unrühmlicher Beteiligung von Bill Clinton – während des Vorwahlkampfes geliefert hatten. Natürlich wird die Geschichte noch zeigen müssen, wie gut Hillary Clinton als Außenministerin wirklich ist, aber es dürfte wenige Politiker in Washington geben, die für diese Rolle ähnlich qualifiziert wären.

Über diese Personalie hinaus (und neben der Benennung von Richard Holbrooke und George Mitchell als Sonderbeauftragte für Pakistan/Afghanistan bzw. den Nahen Osten) zeichnet sich eine außenpolitische Konzeption der Obama-Präsidentschaft bisher erst in einigen Akzenten ab, die allerdings aufschlussreich sind. Ich nenne drei Beispiele:

- a) Die erste und zurückhaltende Lockerung der Abschottung Kubas, also der Bruch mit einer jahrzehntealten Isolierung des Castro-Regimes: Erleichterung von Besuchen und von Geldüberweisungen nach Kuba – kein Ende des Handelsembargos, aber eine Einladung an die kubanische Regierung, durch entsprechende Lockerungen ihrerseits in konstruktive Verhandlungen einzutreten. Die Bedeutung dieses Schritts hat relativ wenig mit dem kubanischen Regime zu tun, mehr mit der innenpolitischen Bedeutung der Exilkubaner in Florida, vor allem aber mit dem Versuch der Obama-Regierung, ein neues Verhältnis zu Lateinamerika zu begründen und dem populistischen Anti-Amerikanismus von Politikern wie Hugo Chavez in Venezuela einigen Wind aus den Segeln zu nehmen.

¹⁰ <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/fy2010/assets/trs.pdf>.

¹¹ Siehe hierzu: <http://www.whitehouse.gov/issues/fiscal/>.

- b) Der zweite Brennpunkt der sich entwickelnden Obama-Außenpolitik hat mit Afghanistan zu tun, wo nunmehr endlich und zu Recht – nach dem kostspieligen und im Grunde unsinnigen Abenteuer Irak – die internationale Auseinandersetzung mit dem organisierten islamistischen Terrorismus ihren Schwerpunkt gefunden hat. Hier liegt der Akzent der Obama-Politik auf der längst überfälligen Entscheidung, Pakistan in eine umfassende Strategie der Terrorismus-Bekämpfung einzubeziehen und damit die Rolle Pakistans zumindest in der Duldung der Taliban-Aktivitäten diesseits und jenseits der pakistanisch-afghanischen Grenze politisch zu thematisieren. Angesichts der atomaren Bewaffnung Pakistans, seiner inneren politischen Labilität und des nach wie vor virulenten Antagonismus zwischen Pakistan und Indian ist diese Strategie höchst delikater, aber inzwischen völlig unvermeidlich.
- c) Schließlich wird auch Obama die schwere Last der Vereinigten Staaten zu tragen haben, an erster Stelle für eine Lösung des Nahostproblems und des Verhältnisses zwischen Israel und den Palästinensern verantwortlich zu sein – eine Verantwortung, die durch die jüngsten Entwicklungen – Libanon-Krieg, Gaza-Feldzug, Netanyahu-Liebermann Regierung – nicht einfacher geworden ist. Ich hätte etwas darum gegeben, bei den gestrigen Gesprächen zwischen Netanyahu und Obama im Weißen Haus dabei gewesen zu sein; ein Schmusestündchen wird das trotz aller nach außen projizierten Harmonie nicht gewesen sein. Auf jeden Fall aber ist bei Obama deutlicher als bei jeder vorherigen amerikanischen Regierung, dass es eine Lösung dieses Problems nicht ohne Iran und Syrien geben können. Die USA werden sich Iran mit aller gebotenen Vorsicht nähern, aber nähern werden sie sich, und sie werden sich nicht von unilateralen Angriffen Israels gegen iranische Rüstungsanlagen in die Parade fahren lassen. Soviel zumindest wird man aus dem Gespräch Obama-Netanyahu ausplaudern dürfen, selbst wenn man nicht dabei war. Im Übrigen wird man auf die Rede gespannt sein dürfen, die Barack Obama am 4. Juni in Kairo halten wird; das wird das erste Mal sein, dass ein amerikanischer Präsident sich direkt an die Welt des Islam wendet. Angesichts der Tatsache, dass Obama seine Reden sehr bewusst als sorgsam kalibrierte Instrumente seiner Politik nutzt, dürfte auch diese Rede eine aufschlussreiche politische Stellungnahme enthalten.

3. Politik bleibt auch bei Obama die Kunst des Möglichen

Barack Obama hat, das wird man wohl ganz unverblümt sagen können, in seinem Wahlkampf den Mund reichlich voll genommen. Wahlkämpfe sind so, und in Amerika erst recht, aber irgendwann muss man natürlich die Dinge einlösen, die man angekündigt hat. Und spätestens an diesem Punkt setzt gewöhnlich die Einsicht ein, dass Politik nach wie vor, wie Otto von Bismarck schon wusste, die Kunst des Möglichen ist. Lassen Sie mich das an drei Beispielen illustrieren.

- a) Entgegen den überaus restriktiven Einstellungen der Bush-Regierung gegenüber der Nutzung von Stammzellen für die medizinische Forschung hat Obama schon in seinem Wahlkampf relativ deutliche Zusagen gemacht, die Regelungen für die

wissenschaftliche Nutzung von Stammzellen weitgehend zu liberalisieren. Auch hier aber hat ihn die ideologische Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft inzwischen eingeholt und zu einem Kompromiss veranlasst, der zwar der Forschung hunderte neuer Stammzellen-Linien zur Verfügung stellt – jedoch strikt nur solche, die aus Versuchen künstlicher Befruchtung stammen und ohnehin entsorgt würden. Die Herstellung embryonaler Stammzellen für den ausdrücklichen Zweck der wissenschaftlichen Verwendung (und damit der Vernichtung) bleibt demnach weiterhin ausgeschlossen.

- b) Als noch problematischer haben sich die Aussagen im Wahlkampf zur Frage der Zukunft des Standortes Guantanamo erwiesen. Hier hat sich Obama eindeutig darauf festgelegt, Guantanamo innerhalb eines Jahres zu schließen; bisher deutet nichts darauf hin, dass er diese Zusage nicht einzuhalten gedenkt. Es bleibt dabei das nicht ganz kleine Problem, dass über den Verbleib der dortigen Häftlinge noch keine Einigkeit besteht und die Verbündeten der USA bisher wenig Enthusiasmus zeigen, sich an der Lösung dieses Problems zu beteiligen. Meine Einschätzung ist, dass sich das in den nächsten Monaten klären wird. Schwieriger und medienwirksamer ist jedoch die Frage, wie man mit den verbleibenden Häftlingen strafprozessrechtlich umgeht. Hier ist Obama in den letzten Tagen in arge Schwierigkeiten geraten ob seiner Aussage, dass er die zur Aburteilung dieser Häftlinge eingesetzten Kriegsgerichte nun doch beibehalten will. Das klingt überaus unappetitlich, nur muss man fairerweise sagen, dass Obama eine Abschaffung dieser Gerichte auch im Wahlkampf nie zugesagt hat; zugesagt hat er lediglich, diese Gerichte zu „überprüfen“ und bis Ende Mai zu einer Entscheidung über ihre Zukunft zu kommen. Ich selbst würde es vorziehen, dass die noch ausstehenden Verfahren vor ordentlichen Gerichten ausgetragen würden, kann allerdings auch nachvollziehen, dass in der delikaten Beziehung zwischen Regierung, Armee und Geheimdiensten diese Frage mit einigem Recht als strittig gelten kann, und würde zunächst noch einmal abwarten wollen, wie Obama seine Ankündigung umsetzt, an diesen Kriegsgerichten die schlimmsten Verfahrensmängel auszumerzen¹².
- c) Noch heikler wird es in der Frage der strafrechtlichen Verfolgung derer, die sich in den letzten Jahren ungesetzlicher Folterungen schuldig gemacht haben. Hier ist die Frage, wen man denn verfolgen sollte: die eigentlichen Täter (also die Soldaten oder Gefängniswärter, die auf Weisung gehandelt haben) oder die, die die Weisungen erteilt und die Verfahren legitimiert haben. Obamas Dilemma besteht darin, dass das erstere moralisch fragwürdig wäre, und dass das letztere – angesichts der ohnehin schon bestehenden Polarisierung der amerikanischen Politik – den delikaten „Burgfrieden“ zwischen den politischen Lagern hoffnungslos zerstören und die Möglichkeiten einer gemeinsamen Bewältigung der massiven Zukunftsaufgaben quer durch die politischen Lager vollends

¹² Zwei Tage nach diesem Vortrag hat Obama sich in einer umfassenden Erklärung zu Fragen der nationalen Sicherheit und auch zur Zukunft von Guantanamo geäußert und die Politik der Bush-Regierung dabei scharf kritisiert: http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-On-National-Security-5-21-09/. Die Antwort des früheren Vizepräsidenten Cheney auf diese Rede unterstreicht noch einmal die These von der außergewöhnlich scharfen Polarisierung in Washington: <http://www.aei.org/docLib/Vice%20President%20Cheney%20Remarks%205%2021%202009.pdf>.

untergraben würde. Hier ist sicher das letzte Wort noch nicht gesprochen. Ich habe den Verdacht, dass Obama, für den Transparenz und Partizipation wichtige Werte sind, auf diese Weise die amerikanische Öffentlichkeit an diesem Dilemma teilnehmen lassen will – vielleicht auch, um durch die dadurch entstandene Diskussion eine schärfere Wahrnehmung von Recht und Unrecht in den Zeiten terroristischer Bedrohung zu erreichen.

4. Politik ist auch eine Frage des Stils

Hier geht es mir nicht so sehr um die publikumswirksamen Inszenierungen der Obama-Familie einschließlich des neuen Haushunds „Bo“, sondern um etwas anderes; im Wesentlichen um drei Dinge:

- a) Zum einen geht es um den analytischen Stil, der für die Problemdarstellungen der Obama-Regierung in diesen ersten Monaten kennzeichnend geworden ist. Ich kann mich an keine Präsidentschaft erinnern (mit Ausnahme derer von John F. Kennedy, in der ein ähnlich analytischer Stil vor allem allerdings von Robert Kennedy und von Leuten wie John McNamara und McGeorge Bundy praktiziert wurde), in der Probleme so sorgfältig und nüchtern betrachtet und auf ihre Bestandteile, Gründe und Lösungsmöglichkeiten abgefragt wurden.
- b) Zum zweiten geht es um die Merkmale von Transparenz und Offenheit, die sich auch hier wieder besonders deutlich von der schon fast neurotischen Geheimniskrämerei der Bush-Cheney-Jahre abheben: Von der kompletten Steuererklärung bis zur selbstverständlichen Offenlegung der Familiengeschichte, vor allem aber durch die Offenheit einer Website, auf der eigentlich zum ersten Mal das Tagewerk eines Präsidenten präsent und greifbar wird.
- c) Das deutet schon darauf hin, welche eine entscheidende Rolle – drittens – die Entwicklung der elektronischen Kommunikation für das Phänomen Obama spielt – und von Anfang seines Wahlkampfes an gespielt hat. Von dem Augenblick an, an dem ich meine ersten \$20 für den ganz frühen Vorwahlkampf Barack Obamas gespendet hatte, war ich Teil eines elektronischen Netzwerks, das mich nicht nur ständig mit Informationen versorgte, sondern auch meine Meinung zu wichtigen politischen Themen einholte, mich zu Veranstaltungen einlud, mich mit gleichgesinnten Mitmenschen in meiner Gegend zusammen brachte, mich auf strittige Gesetzentwürfe im Kongress hinwies und Interventionen bei meinen Kongressabgeordneten veranlasste, usw. usf. Es ist sicher nicht übertrieben, dass mit Barack Obama und seinem Team die Digitalisierung des politischen Lebens einen entscheidenden Schritt getan hat. Das mag seine Nachteile haben, ist aber für großflächige politische Systeme wie das der USA sicher auch eine Chance zu einer neuen Öffnung in Richtung auf größere Transparenz und bessere Kommunikation.

5. Das eigentliche Problem für Obama ist nicht die Krise der Finanzsysteme, sondern die Krise des amerikanischen Regierungssystems

Ich will mit dieser These keineswegs die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe verniedlichen, der sich die neue amerikanische Regierung im Bereich von Finanzen und Wirtschaft gegenüber sieht und die sie zwar entschieden und im großen Ganzen klug angegangen ist, die sie aber längst noch nicht im Griff hat. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Lösung dieser Probleme zusätzlich erschwert wird durch die Eigenart und Merkwürdigkeit des politischen Systems in den USA. Zwei der wichtigsten Merkmale, die die Funktionsfähigkeit dieses Systems ernsthaft einschränken (zumindest in Krisenzeiten) sind die Präsidentialverfassung und das Wahlrecht. Das soll hier nicht in eine politikwissenschaftliche Vorlesung ausarten, deshalb nur ganz kurz zu jedem dieser beiden Punkte eine Anmerkung.

- a) Verfassungen, in denen der Präsident vom Volk gewählt wird und damit nicht nur eine direkte und unmittelbare Legitimation seines Amtes, sondern auch eine erhebliche Machtfülle erhält, haben manche Vorzüge – nicht zuletzt die, dass Präsidenten im Ernstfall in ihrer Handlungsfreiheit weniger Einschränkungen unterliegen als Ministerpräsidenten oder Bundeskanzler in parlamentarischen Systemen wie denen Großbritanniens und Deutschlands. Dieser scheinbare Vorzug aber schwindet, wenn es um langfristige Strukturentscheidungen geht, für die der Präsident durch die Haushaltshoheit des Kongresses auf die Zustimmung der Legislative angewiesen ist. Diese Zustimmung aber ist in dieser Regierungsform, in der sich Präsident und Kongress eher als Konkurrenten denn als Partner gegenüberstehen, ungleich schwieriger zu erlangen als in parlamentarischen Systemen, in denen der gesamte Willensbildungsprozess sich von Anfang an auf dem Wege über parlamentarische Mehrheiten vollzieht. Es war schon fast ein Wunder, und auf jeden Fall ein politisches Meisterstück, dass unter diesen Umständen die Rettungsaktion des „Recovery Act“ überhaupt möglich war.
- b) Ich bin ein passionierter Anhänger des Verhältniswahlrechts – nicht zuletzt wegen meiner Erfahrungen mit dem amerikanischen Mehrheitswahlsystem (in dem die Mitglieder der Legislative ausschließlich durch die Mehrheit in einem Wahlkreis bestimmt werden und es keinen alternativen Zugang zu einem Gremium gibt – also keine Listen, über die man wie in Deutschland in ein Parlament gewählt werden kann). Nimmt man für die USA noch die extrem kurzen Wahlperioden vor allem für das Repräsentantenhaus hinzu, dessen Mitglieder alle zwei Jahre neu gewählt werden müssen, dann ergibt sich ein parlamentarisches System, das in seiner politischen Orientierung fast ausschließlich auf den eigenen Wahlkreis und seine Wiedereroberung gerichtet ist und für das alle nationalen Belange oder die politischen Prioritäten des Weißen Hauses (auch wenn es von einem Vertreter der eigenen Partei bewohnt ist) absolut sekundär sind. Man übertreibt nur leicht, wenn man sagt, dass ein Mitglied des Repräsentantenhauses vom ersten Tag seiner zweijährigen Wahlperiode nur daran denkt, wie er oder sie in zwei Jahren wiedergewählt wird. Auch das trägt nicht gerade dazu bei, auch nur mittelfristige Lösungen durch den Kongress zu bringen.

Diese Spannung zwischen Exekutive und Legislative, zwischen Weißem Haus und Kongress existiert natürlich nicht erst seit Obama. Die meisten amerikanischen Präsidenten haben damit ihre liebe Not gehabt, oft unabhängig davon, ob ihre eigene Partei oder die gegnerische Partei die Mehrheiten im Kongress gestellt hat. (Der einzige, der dieses Verhältnis in neuerer Zeit wirklich gemeistert hat, war Lyndon B. Johnson in den sechziger Jahren, der selbst ein Leben lang Mitglied des Kongresses war und jeden, aber auch jeden Trick kannte, um den Kongress zu überlisten – und damit eines der großen innenpolitischen Reformprogramme der neueren Geschichte, die „Great Society“, auf die Beine zu stellen wusste, was etwa John F. Kennedy, seinem ermordeten Vorgänger, nie gelungen wäre.)

6. Obama – eine Zeitenwende?

Im Grunde ist es natürlich viel zu früh, die Frage zu stellen, ob die Wahl von Barack Obama tatsächlich eine wichtige Zäsur in der politischen Tradition der USA oder gar eine „Zeitenwende“ in der amerikanischen und vielleicht sogar der internationalen Politik war. Dazu wird man vernünftigerweise noch ein wenig warten müssen.

Aber es wird erlaubt sein, eine Vermutung zu äußern. Diese Vermutung besagt, dass die Präsidentschaftswahl von 2008 einen bemerkenswerten und in vieler Hinsicht hervorragenden Präsidenten hervorgebracht hat. Das allein aber würde aus dieser Präsidentschaft noch keine Zeitenwende machen.

Denn die Zeitenwende hat ja längst schon begonnen. Nur: Sie ist streng genommen unabhängig davon, dass Barack Obama im November 2009 zum Präsidenten der USA gewählt worden ist. Sie ist die Folge von Entwicklungen, die bereits seit einiger Zeit im Gang sind und die auch über uns herein gebrochen wären, wenn Obama nicht Präsident geworden wäre. Diese Zeitenwende ist die Folge von zwei fundamentalen Veränderungen in den Voraussetzungen unseres gegenwärtigen Daseins – Veränderungen in unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung und Veränderungen in der Beschaffenheit unseres internationalen Systems.

Die Veränderungen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung lassen sich am ehesten mit einer fundamentalen Krise der kapitalistischen Ordnung und mit einer Neubesinnung auf die Rolle des Staates umschreiben. Es wäre einen eigenen Vortrag wert, diese Prozesse etwas sorgfältiger zu hinterfragen – aber es dürfte vor allem für die USA außer Frage stehen, dass die Defizite einer ungehemmten und weithin unregulierten kapitalistischen Ordnung inzwischen so eklatant geworden sind, dass alternative Konzepte und (wie Timothy Garton Ash aus Oxford sagt) „neue Modelle einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft“¹³ dringend erforderlich geworden sind.

¹³ Timothy Garton Ash, „This epochal crisis requires us to resolve the paradox of capitalism“, The Guardian, 6. Mai 2009 (www.guardian.co.uk).

Diese Modelle sind allüberall intensiv in der Diskussion¹⁴ – auch (und hier wird die Präsenz von Barack Obama doch wieder entscheidend wichtig) im Weißen Haus.

Das andere Element der Zeitenwende ist die fundamentale Neuorientierung des internationalen Systems, das sich seit dem Ende des Kalten Krieges auf der Basis eines relativ stabilen Machtkerns – G7, G8, G9 – eingerichtet hatte, das aber dabei ist, sich fundamental zu verändern. Über die Verlegenheits- und Zwischenlösung einer G20 hinaus scheint es auf dem Wege zu einer neuen Konstellation zu sein, in der China eine ganz zentrale Rolle einnehmen, in der Europa aufgrund seiner Unfähigkeit zu einer gemeinsamen politischen Willensbildung eine allenfalls marginale Rolle spielen wird, und in der es vom Erfolg der Erholung der amerikanischen Wirtschaft abhängt, ob die Vereinigten Staaten auch in dieser neuen Konstellation wieder als führende Macht vertreten sein werden. In einer der letzten Ausgaben des *Economist* war, zugegebenermaßen etwas spekulativ, bereits von einer neuen „G2“ die Rede, in der China und die USA zum Kern einer neuen internationalen Ordnung werden¹⁵, um die herum sich Länder wie Indien, Brasilien, Südafrika gruppieren könnten – vielleicht auch eine neu und entscheidungsfreudiger aufgestellte EU, vielleicht aber auch einzelne ihrer potenteren Mitglieder wie Frankreich, Großbritannien, Deutschland. Die Zukunft dieses Modells liegt noch im Dunkeln, aber es ist klar, dass die alte Ordnung der G8, die vielleicht in Heiligendamm ihr letztes Fest gefeiert hat, ihrem Ende nahe ist – ebenso wie der Turbokapitalismus angelsächsischer Prägung in den unübersehbaren Immobiliengeflechten von Fannie Mae oder den Derivaten von Lehmann Brothers an sein Ende gekommen ist und einer neuen sozialen Marktwirtschaft Platz zu machen hat.

Und es liegt eine gewisse Ironie darin, dass just in dem Augenblick, in dem das europäische Modell einer sozial verfassten Marktwirtschaft international triumphiert, Europa selbst beginnt, auf den Hinterbänken der Weltpolitik Platz zu nehmen.

Die Zeitenwende ist also schon in vollem Gange, im Grunde ganz unabhängig von der Wahl Obamas zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten. Nur – und das ist der Kern meiner Einschätzung nach anderthalb Jahren Wahlkampf und nach den ersten drei Monaten der Präsidentschaft Barack Obamas: Man hätte sich für die Herausforderung, die diese Zeitenwende für die USA und für uns alle darstellt, kaum einen besseren amerikanischen Präsidenten wünschen können als Barack Obama.

III Der intellektuelle Präsident

Barack Obama hat vor drei Wochen, am 27. April 2009, eine Ansprache bei der Jahrestagung der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften gehalten¹⁶. Die Rede ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert, insbesondere weil sie das m.E. bislang

¹⁴ Siehe u.a. "The Future of Capitalism: The big debate", Financial Times (Beilage), 12. Mai 2009 (www.ft.com/capitalism).

¹⁵ Charlemagne, "Dragon Nightmares", The Economist, 16. April 2009.

¹⁶ http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-at-the-National-Academy-of-Sciences-Annual-Meeting/

schlüssigste Argument dafür liefert, dass Investitionen in Wissenschaft und Forschung die langfristig sicherste und wirksamste Abwehr wirtschaftlicher Krisen darstellen. Gleichzeitig enthält sie eine umfassende Darstellung der mittelfristigen Wissenschaftspolitik der Obama-Regierung.

Zu Beginn der Rede erinnert Obama, wie schon in manchen seiner Reden, an sein großes Vorbild Abraham Lincoln und an die Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges. Damals, zwischen der verheerenden Niederlage der Regierungstruppen in der Schlacht von Fredericksburg und dem noch unbekanntem Ausgang der alles entscheidenden Schlacht von Gettysburg, als also das Schicksal und das Überleben der Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als gesichert war – in eben dieser Zeit der Unsicherheit, inmitten des Bürgerkriegs, entschloss sich Lincoln, die Akademie der Wissenschaften zu begründen.

Dieser Bezug sagt zweierlei über Barack Obama aus: auf der einen Seite seine tiefe Verwurzelung in der Geschichte der Vereinigten Staaten und in dem politischen Erbe derer, die wie Abraham Lincoln diese Geschichte in besonderer Weise gestaltet haben. Zum anderen aber auch seine unverrückbare Überzeugung, dass die Kräfte des menschlichen Geistes zu den wichtigsten Gütern und den wirksamsten Quellen von Energie gehören, über die eine Nation verfügt.

An einer Stelle seiner Rede sagt er dazu etwas sehr Bezeichnendes: „Es gibt Leute, die da sagen, dass wir es uns in diesen schwierigen Zeiten nicht leisten können, in Wissenschaft zu investieren; dass die Förderung der Forschung ein Luxus ist zu einer Zeit, in der die Not regiert. Ich bin ganz grundsätzlich anderer Meinung. Wissenschaft ist für unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Gesundheit, unsere Umwelt und unsere Lebensqualität heute wichtiger als sie es je gewesen ist.“

In diesem Sinne ist Barack Obama ein durchaus intellektueller Präsident. Das ist in den USA nicht überall populär, aber damit ist er vielleicht besser einer Welt gewachsen, die an Komplexität kaum zu übertreffen ist und zu ihrer Steuerung eines nüchternen, analytischen Geistes bedarf.